

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Dr. Ulrich Cramer,  
Hans Kohler, Lutz Reyher, Dr. Eugen Spitznagel

Zur Arbeitsmarktentwicklung 1987/88:  
Entwicklungstendenzen und Strukturen

20. Jg./1987

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),  
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16,  
E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;  
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30.  
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.  
ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Zur Arbeitsmarktentwicklung 1987/88: Entwicklungstendenzen und Strukturen

Autorengemeinschaft\*)

Im Jahresdurchschnitt 1987 wird die Erwerbstätigenzahl um 140 000 Personen über dem Vorjahr liegen, aber auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder leicht angestiegen sein (auf 2,235 Mio. Personen). Hier spielt vor allem das weiterhin zunehmende Angebot an Arbeitskräften eine Rolle.

Wie schon im Vorjahr wäre die Arbeitsmarktentwicklung ohne Sonderfaktoren (zusätzliche Effekte der Einführung des Erziehungsurlaubs im Jahre 1986) und den nochmals verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente nach dem AFG (Ausweitung von Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung im Rahmen der sog. „Qualifizierungsoffensive“ und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wieder verstärkte Inanspruchnahme von Kurzarbeit, zusätzliche Entlastungseffekte durch das Vorruhestandsgeld) ungünstiger gewesen. Zudem täuschen die Jahresdurchschnittswerte darüber hinweg, daß sich die Lage im Ablauf des Jahres wieder tendenziell verschlechtert hat.

Für 1988 wird von einem Spektrum des realen Wirtschaftswachstums ausgegangen, das von 1% bis 3% reicht.

Je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung wird dann die Erwerbstätigenzahl wieder leicht zurückgehen oder bestenfalls um 150 000 Personen ansteigen. Der weitere Zuwachs beim Erwerbspotential (um 120 000 Personen) trägt aber mit dazu bei, daß die Arbeitslosenzahl wieder mehr oder weniger deutlich ansteigt (+ 85000 Personen bei 1% realem Wachstum des Sozialprodukts) oder nur leicht zurückgeht (- 20000 Personen bei 3% Wachstum).

Im vorliegenden Beitrag werden – ergänzend zur Einschätzung der globalen Arbeitsmarktentwicklung – wichtige Einzelaspekte ausführlicher behandelt:

- aktuelle Entwicklung einzelner Komponenten der Arbeitszeit,
- Einfluß von Sonderfaktoren auf die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den Jahren 1984-1987,
- Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,
- Entwicklungstendenzen der Erwerbstätigkeit und der Erwerbslosigkeit von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern,
- finanzielle Absicherung der Arbeitslosigkeit nach dem AFG.

Von einem auch nur halbwegs ausgeglichenen Arbeitsmarkt sind wir noch weit entfernt. Die „Potentialwelle“ ist noch keineswegs vorüber. Noch auf Jahre hin wird es eines ausgeprägteren Wirtschaftswachstums, kräftiger beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen und deutlicherer Arbeitszeitverkürzungen bedürfen, wenn sich die Arbeitslosigkeit spürbar zurückbilden soll.

## Einleitung

Im Durchschnitt des Jahres 1987 hat sich – im Vergleich zum Vorjahr – die Arbeitsmarktlage insgesamt nur noch teilweise verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen ist noch angestiegen. Allerdings hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen nicht weiter abgenommen, ja sie ist sogar etwas größer als im Jahr davor. Aber die Jahresdurchschnittswerte täuschen auch darüber hinweg, daß sich die Lage im Ablauf des Jahres wieder tendenziell verschlechtert hat. Zum Jahresende hin wird die Erwerbstätigenzahl nur noch wenig über dem Vorjahreswert liegen und übertrifft die Arbeitslosigkeit den Stand von 1986 schon deutlicher. Dieses schwache, obwohl sogar noch von einigen Sonderfaktoren begünstigte Ergebnis am Arbeitsmarkt konnte nicht ausbleiben, angesichts der eingetretenen Abschwächung der Wirtschaftsentwicklung. Bei nur 1/2% realem Wirtschaftswachstum und der üblichen Produktivi-

tätssteigerung bleibt kaum Raum für eine Zunahme des Beschäftigungsstandes und steigt die Arbeitslosigkeit angesichts der noch immer kräftigen Expansion des Erwerbspotentials zwangsläufig.

Auch ist die „Potentialwelle“ noch keineswegs vorüber. Noch auf Jahre hin wird es eines ausgeprägteren Wirtschaftswachstums, kräftiger beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Anstrengungen und deutlicherer Arbeitszeitverkürzungen bedürfen, wenn sich die Arbeitslosigkeit spürbar zurückbilden soll.

## 1. Der Arbeitsmarkt im Jahre 1987

### 1.1 Das Arbeitsangebot

Auch 1987 wächst das Angebot an Arbeitskräften (+ 140 000 Personen, 1986: + 150 000) auf nunmehr rd. 29,3 Mio. Personen. Allerdings schwächt sich der Zuwachs beim *deutschen* Erwerbspotential weiterhin ab. Gegenüber der hier zugrunde gelegten mittleren Variante der längerfristigen Potentialvorausschau<sup>1)</sup> ergeben sich aus aktuellen Sonderentwicklungen heraus nur geringfügige Korrekturen. Der Anstieg der Zahl der *deutschen* Erwerbspersonen beläuft sich 1987 auf rd. 95 000 Personen. Wie schon im Vorjahr dürfte das *ausländische* Arbeitskräfteangebot weiter anwachsen (+ 45 000), weil die demogra-

\*) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Dr. Ulrich Cramer, Hans Kohler, Lutz Reyher, Dr. Eugen Spitznagel. Die Autoren sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 15. 9. 1987.

<sup>1)</sup> Vgl. Klauder, W., P. Schnur, M. Thon, Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre. Neue Modellrechnungen für Potential und Bedarf an Arbeitskräften, in: MittAB 1/1985.

phisch bedingten internen Zuwächse nicht mehr durch Netto-Abwanderung ausgeglichen oder überkompensiert werden (Übersicht I und Tabelle I im Anhang).

Für das *deutsche Erwerbspersonenpotential* ergeben sich im einzelnen gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen:<sup>2)</sup>

Demographische Komponente	+ 53 000 Personen
Verhaltenskomponente (mittlere Variante)	+ 46 000 Personen
Zusätzlicher wanderungsbedingter Zuwachs (DDR)	+ 10 000 Personen
Zusätzliche Inanspruchnahme von Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung	<u>- 16 000 Personen</u>
Veränderung des deutschen Erwerbspersonenpotentials 1987 insgesamt	+ 93 000 Personen

Auf die Entwicklung des Angebots an *ausländischen* Arbeitskräften wird im nachfolgenden Beitrag ausführlich eingegangen. Aus demographischen Gründen (vor allem wegen des Hineinwachsens von ausländischen Jugendlichen in das erwerbsfähige Alter) ist bei konstanten spezifischen Erwerbsquoten 1987 mit einem Zuwachs von rd. 45 000 ausländischen Erwerbspersonen zu rechnen.

Eine von den Wanderungsströmen herrührende Veränderung des Angebots an ausländischen Arbeitskräften wird schon wie im Vorjahr nicht angenommen. Zwar ist auch bei Berücksichtigung des jüngsten Rückgangs der Asylbewerberzahlen eine weitere Netto-Zuwanderung bei der ausländischen Wohnbevölkerung wahrscheinlich. Nachziehende Familienangehörige wie Asylbewerber erhalten jedoch in der Regel erst nach einer Wartezeit eine Arbeitserlaubnis, so daß (zumindest ohne weitergehende Analyse der Struktur der Wanderungen) hieraus kurzfristig nicht auf eine wesentliche Potentialänderung geschlossen werden kann. Allerdings deuten eine Reihe von Befunden darauf hin, daß in bisherigen Berechnungen das Erwerbspersonenpotential der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer unterschätzt wird (s. u.).

<sup>2)</sup> Beim deutschen Arbeitskräfteangebot sind gegenüber der letzten Veröffentlichung folgende Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen worden:

1. Der Vorruhestand ist schon durch seine zeitliche Begrenzung nur als vorübergehende, arbeitsmarktbezogene Maßnahme aufzufassen. Er verringert nicht das Erwerbspersonenpotential, sondern trägt (ebenso wie die „59er-Regelung“ und die Möglichkeiten nach § 105 c AFG) zum Aufbau der Stillen Reserve bei. In der Einschätzung der Inanspruchnahme hat sich kaum eine Änderung ergeben (im Jahresdurchschnitt 1985 betrug der Stille-Reserve-Effekt 20 000 Personen, 1986 60 000 Personen, 1987 gut 80 000 Personen).
2. Nunmehr wird die Expansion (zusätzliche Inanspruchnahme) von Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung nach dem AFG explizit als Potentialabschlag berücksichtigt. Grundsätzlich sind solche Maßnahmen als Teil der (das Potential beeinflussenden) Entwicklungen des Bildungssystems auch bisher schon, aber nur implizit aus dem Potential (Stützzeitraum bis 1982) herausgerechnet worden. Bis 1982 ist allerdings bei ihnen weder ein einheitlicher Trend noch ein systematischer Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation erkennbar. Der 1982 erreichte Stand von 120 000 Personen (Jahresdurchschnitt) entspricht dem von 1974/75, zwischenzeitlicher Rückgang und Wiederanstieg folgten gesetzlichen Änderungen (vor allem Haushaltsstrukturgesetz 1975) und haushaltsmäßigen Vorgaben. Geht man von dem 1982 erreichten „Sockel“ der jahresdurchschnittlichen Inanspruchnahme aus, hatten die zusätzlichen Potentialeffekte in den Folgejahren nur marginale Größenordnungen, obwohl der Gesamteffekt eine beachtliche Arbeitsmarktentlastung darstellt. Allerdings hat nun die „Qualifizierungsoffensive“ zu einem deutlichen Anstieg der jahresdurchschnittlichen (Vollzeit-)Teilnehmerzahlen geführt (vgl. Übersicht 3). Ab 1982 werden deshalb (über den erreichten Sockel hinausgehende) Veränderungen als Zu- und Abschläge gegenüber den längerfristigen Potentialvorausschätzungen explizit berücksichtigt, ähnlich wie andere aktuelle Sonderentwicklungen.

## 1.2 Arbeitsvolumen, Arbeitszeit und Beschäftigung

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Halbjahr 1987 besteht zwischen den Instituten und Organisationen, die regelmäßig quantifizierte Einschätzungen vorlegen, ein selten hohes Maß an Uneinigkeit. Zwar besteht weitgehende Übereinstimmung über das Konjunkturprofil – allgemein wird nach dem Rückgang des Sozialprodukts im ersten Quartal wieder eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion erwartet -, doch wird das voraussichtliche Wachstumstempo sehr unterschiedlich eingeschätzt.

*Optimistische* Stimmen schätzen die Bedingungen für eine kräftige Ausweitung der inländischen Konsum- und Investitionsausgaben günstig ein und erwarten, daß die dämpfenden Wirkungen der rückläufigen Exportnachfrage allmählich nachlassen. Den *pessimistischen* Einschätzungen folgend ist in der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Herbst des Vorjahres nicht nur eine vorübergehende Störung, sondern eine deutliche Verminderung des Wachstumstemplos, vor allem infolge anhaltender belastender außenwirtschaftlicher Einflüsse, aber auch aufgrund vorsichtigerer Dispositionen von Investoren und Konsumenten zu sehen.

Die unterschiedlichen Wachstumserwartungen für das 2. Halbjahr – sie reichen von 1% bis 3½% – bestimmen die unterschiedlichen Einschätzungen des Gesamtjahres:

Das Spektrum der derzeit vorliegenden Wirtschaftsprognosen für 1987 insgesamt reicht von rund 1% Realwachstum (*DIW, Ifo-Institut, Sachverständigenrat*) bis zu 2,5% (*RWI, IfW*). Eine mittlere Position nehmen das *HWWA*, die *OECD* sowie die *Bundesregierung* mit jeweils 1/2% bis 2% Realwachstum ein.

Angesichts der derzeit offensichtlich großen Prognoseunsicherheit unterstellen wir für unser Alternativentableau, einer mittleren Position entsprechend, für 1987 ein jahresdurchschnittliches *Wirtschaftswachstum* von 1,5% (Übersicht 1).

Wie in Phasen konjunktureller Abschwächung die Regel, zeichnet sich 1987 im Vergleich zu den Vorjahren eine langsamere Zunahme der *Arbeitsproduktivität* je Erwerbstätigenstunde ab (+ 1,7%). Das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* wird demnach etwas geringer sein als im Vorjahr (- 0,2%).

Bei der Entwicklung der effektiven *Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen* im Jahre 1987 ist bei einem positiven Arbeitstageeffekt von + 0,4% mit einem Gesamtrückgang von 0,7% (gegenüber dem Vorjahr) zu rechnen. *Arbeits-tätig* bereinigt wird sich diese Arbeitszeitreduzierung in der Größenordnung von 1,1% (gegenüber dem Vorjahr) bewegen.

Bestimmende Komponente für diesen Arbeitszeitrückgang der Erwerbstätigen im Jahre 1987 wird, wie in den Vorjahren, die *tarifliche Wochenarbeitszeitverkürzung* sein. So gilt ab 1987 für weitere 1,2 Mio. Arbeitnehmer (1986 waren es 3,4 Mio. mehr als im Vorjahr) die 38,5-Stunden-Woche, und zwar hauptsächlich im Groß- und Außenhandel, im Metall-, Klempner-, Tischler- und Heizungsbauerhandwerk. *Somit werden voraussichtlich Ende 1987 bereits gut 50% aller Arbeitnehmer eine tarifliche Wochenarbeitszeit von weniger als 40 Stunden haben.*

Die ab 1987 geltenden Vereinbarungen über längeren Erholungsurlaub werden sich, *umgerechnet auf alle Arbeit-*

# Übersicht 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1988

Jahres-durchschnitt	Brutto-inlands-produkt (real)	Stunden-pro-duk-tivität	Arbeits-volumen	Tägl. Arbeits-zeit je Erwerbs-tätigen	Arbeits-tage-effekt	Jährl. Arbeits-zeit je Erwerbs-tätigen	Erwerbstätige			Erwerbspersonen-potential			Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve		
							Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder	Ins-gesamt	Deut-sche	Aus-länder
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -																		
1985	+ 2.1	+ 2.8	- 0.7	- 0.7	- 0.7	- 1.4	+ 0.7	+ 0.9	- 2.6	+ 0.5	+ 0.6	- 0.8	+ 1.7	+ 2.8	- 6.3	- 4.4	- 8.9	+34.9
1986	+ 2.6	+ 2.3	+ 0.3	- 0.9	+ 0.2	- 0.7	+ 1.0	+ 1.0	+ 0.6	+ 0.5	+ 0.4	+ 2.2	- 3.3	- 3.5	- 2.0	- 1.9	- 6.3	+24.1
1987	+ 1.5	+ 1.7	- 0.2	- 1.1	+ 0.4	- 0.7	+ 0.5	+ 0.6	+ 0.5	+ 0.5	+ 0.3	+ 2.2	+ 0.3	- 0.5	+ 6.5	- 0.6	- 3.1	+10.6
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 -																		
1985							+ 169	+ 214	- 45	+ 151	+ 168	- 17	+ 38	+ 55	- 17	- 56	- 101	+ 45
1986							+ 250	+ 240	+ 10	+ 151	+ 104	+ 47	- 76	- 71	- 5	- 23	- 65	+ 42
1987							+ 140	+ 132	+ 8	+ 140	+ 93	+ 47	+ 7	- 9	+ 16	- 7	- 30	+ 23
- Bestand (Personen in 1000) -																		
1985							25452	23740	1712	28968	26829	2139	2304	2051	253	1212	1038	174
1986							25702	23980	1722	29119	26933	2186	2228	1980	248	1189	973	216
1987							25842	24112	1730	29259	27026	2233	2235	1971	264	1182	943	239
- Bestand (Personen in 1000) -																		
1988 Variante I	+ 1.0	+ 1.6	- 0.6	- 1.0	+ 0.4	- 0.5	- 0.1	- 0.1	- 0.2	+ 0.4	+ 0.3	+ 2.0	+ 3.8	+ 3.2	+ 8.0	+ 5.1	+ 3.6	+10.9
II	+ 2.0	+ 2.1	- 0.1	- 0.8	+ 0.4	- 0.3	+ 0.2	+ 0.2	+ 0.6	+ 0.4	+ 0.3	+ 2.0	+ 1.8	+ 1.3	+ 5.3	+ 2.5	+ 1.1	+ 8.4
III	+ 3.0	+ 2.5	+ 0.5	- 0.6	+ 0.4	- 0.1	+ 0.6	+ 0.5	+ 1.6	+ 0.4	+ 0.3	+ 2.0	- 0.9	- 1.3	+ 1.9	- 0.8	- 2.3	+ 5.0

Quelle: IAB

nehmer, so wie schon in den vergangenen Jahren nur noch geringfügig auswirken.

Insgesamt gesehen wird wohl die durchschnittliche *tarifliche Jahresarbeitszeit* der Arbeitnehmer im Jahre 1987 (gegenüber 1986, arbeitstäglich bereinigt) um 0,3% (1986 um 0,7%) abnehmen (vgl. Schaubild 1).

Während bei den *übrigen Komponenten* der effektiven Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer die Arbeitszeitausfälle durch *Krankheit* mit gut 85 Stunden im Jahre 1987 gegenüber 1986 unverändert bleiben dürften, werden die *konjunkturellen Komponenten* aufgrund des etwas schwächeren wirtschaftlichen Wachstums in diesem Jahr zur effekti-

ven Arbeitszeitverkürzung voraussichtlich stärker beitragen als im Vorjahr. So dürften die durchschnittlich geleisteten Überstunden je Arbeitnehmer wieder leicht abgebaut werden, die Anzahl der Kurzarbeiter dagegen auf rd. 300 000 Personen (1986: 197 000) ansteigen. Auch 1987 wird die Jahresarbeitszeit der Arbeitnehmer im Durchschnitt durch vermehrte Teilzeitbeschäftigung (Teilzeiteffekt) reduziert (vgl. Tabelle 2 im Anhang).

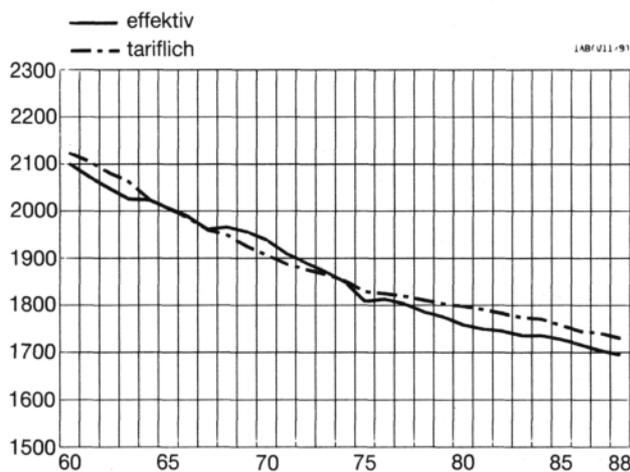
Im Verhältnis zur Wirtschaftsentwicklung, die sich nunmehr für 1987 abzeichnet, verläuft die *Beschäftigungsentwicklung* unerwartet günstig: Die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigenzahl des Vorjahres wird voraussichtlich um 140 000 Personen übertroffen werden. Dies darf allerdings nicht über die Abschwächung im Jahresverlauf hinwegtäuschen.

Auch in den Vorjahren hat die Erwerbstätigenzahl - gemessen am Wirtschaftswachstum - relativ kräftig zugenommen (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Daraus wird verbreitet geschlossen, daß die „Beschäftigungsschwelle“ (Wachstumsrate, ab der die Beschäftigung zunimmt) anhaltend niedriger liegt als in der Vergangenheit. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß zu dieser Entwicklung einige Sonderfaktoren beigetragen haben. Anschließend soll im Hinblick darauf die Entwicklung der Beschäftigung im Zeitraum 1984 bis 1987 analysiert werden, insbesondere weil dies für die Abschätzung der Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Jahren bedeutsam ist.

### 1.3 Zur Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den Jahren 1984 bis 1987

In den Jahren 1984 bis 1987 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 565 000 angestiegen. Verglichen mit der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung (durchschnittlich 2½% pro Jahr) ist der Anstieg relativ groß ausgefallen.

Schaubild 1: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Vollzeit-Arbeitnehmer von 1960 bis 1988\*)



\*) Schätzung (1987, 1988)

Rechnerisch drückt sich dies in einer unerwartet stark verlangsamten Zunahme der Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen) aus.

Im folgenden soll geprüft werden, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang hierzu folgende Sonderfaktoren beigetragen haben:

- Einführung des Erziehungsurlaubs,
- Zunahme der Zahl der Auszubildenden,
- Zunahme der Zahl der geförderten Arbeitnehmer in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM),
- Arbeitszeitentwicklung und
- Beschäftigungsförderungsgesetz vom 1. Mai 1985.

Teils geht es hierbei um erhebungstechnisch bedingte Verzerrungen in Erwerbsstatistiken, teils um Produktivitätseffekte infolge von Strukturverschiebungen oder Verhaltensänderungen.

Für die Erklärung der tatsächlichen Entwicklung der Erwerbstätigenzahl sind diese Sonderfaktoren freilich nur insofern von Bedeutung, als sie auffällige Abweichungen vom allgemeinen Verlauf der Erwerbstätigkeit oder von Verhaltenstrends im betrachteten Zeitraum aufweisen.

Die folgenden Quantifizierungen heben sich deshalb von Entlastungsrechnungen ab. Dort wird meist nach den Arbeitsmarktwirkungen gefragt, die dem *Niveau* einer Aktivität in einem bestimmten Zeitraum zuzurechnen ist. Hier wird nach den Auswirkungen gefragt, die der Abweichung von *Niveauveränderungen* einer Aktivität von einem struktureutralen Entwicklungspfad zuzurechnen ist.

#### - Erziehungsurlaub

Durch das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wurden die Bestimmungen zum Mutterschaftsurlaub und zum Mutterschaftsurlaubsgeld aufgehoben. Mütter oder Väter, deren Kind nach dem 31. 12. 85 geboren ist, können Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Kündigungsschutz in Anspruch nehmen. Begünstigt wird dabei ein größerer Personenkreis als vorher. Darüber hinaus ist die Bezugsdauer verlängert worden. Anspruchsberechtigt sind alle Mütter/Väter, unabhängig davon, ob Arbeitnehmer, Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger. Vorher kamen nur Arbeitnehmerinnen in den Genuß des Mutterschaftsurlaubs. Das Erziehungsgeld schließt an den evtl. Bezug von Mutterschafts- oder Krankengeld an und kann bis zur Vollendung des 10. Lebensmonats des Kindes gewährt werden (ab 1988: bis 12. Lebensmonat). Vorher wurde Mutterschaftsurlaubsgeld bis zum vollendeten 6. Lebensmonat des Kindes gewährt. Einkommensgrenzen gelten für das Erziehungsgeld ab dem 7. Lebensmonat. Für den Anspruch auf Erziehungsurlaub sind sie allerdings nicht relevant.

Nach Abzug der Mutterschutzfrist wurde der Mutterschaftsurlaub (netto) von 4 auf 8 Monate verlängert.<sup>3)</sup> Da das Arbeitsverhältnis der Betroffenen während der Beurlaubung bestehen bleibt, werden sie – den internationalen Konventionen entsprechend – weiterhin in den Statistiken

<sup>3)</sup> Im Durchschnitt wird das Erziehungsgeld 7,3 Monate in Anspruch genommen. Da ein Teil der Personen, die infolge der Einkommensgrenze hierauf ab dem 7. Lebensmonat des Kindes keinen Anspruch mehr haben, aber den Erziehungsurlaub ausschöpfen, wird hier als durchschnittliche Urlaubsdauer (aufgerundet) 8 Monate gesetzt. <sup>4)</sup> Die Produktivität je Stunde wird hiervon nicht berührt, weil die Bezieher von Erziehungsgeld mit der Arbeitsstundenzahl „Null“ der Statistik gemeldet werden (sollten).

zur Erwerbstätigkeit erfaßt werden, ohne daß sie einen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten (von der Möglichkeit, einer Teilzeitbeschäftigung von weniger als 20 Wochenstunden während des Erziehungsgeld-Bezugs nachzugehen, sei hier zunächst abgesehen).

Nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Erwerbstätigenzahl somit überhöht. Das Ausmaß dieser Überhöhung hängt ab von der *Zahl* der Personen, die Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen und von der *Dauer* des Urlaubs. Bei der Berechnung des Überhöhungseffekts auf Jahresbasis ist im Einführungsjahr einerseits der Überhang von Fällen nach altem Recht und andererseits der sukzessive Aufbau von Fällen nach neuem Recht zu berücksichtigen.

Bleibt die Überhöhung im Zeitablauf unverändert, so handelt es sich lediglich um einen Niveaufehler, der Entwicklungsaussagen nicht beeinflußt. Andernfalls kommt es zur Über- oder Unterschätzung von Veränderungen der Erwerbstätigenzahl. Unter der Annahme, daß durch Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs nicht *zusätzliche* Produktivitätseffekte (z. B. durch höhere Auslastung der reduzierten Belegschaft, organisatorische Maßnahmen, Rationalisierung) induziert werden, bewirkt dies dann eine entsprechende Unter- bzw. Überschätzung der Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen.<sup>4)</sup>

In den Jahren 1984 und 1985 hat die etwas rückläufige Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs und die infolgedessen abnehmende Überhöhung der Erwerbstätigenzahl zu einer geringfügigen Unterschätzung der *Erwerbstätigenentwicklung* geführt (Übersicht 2). Seitdem hat der Überhöhungseffekt infolge von mehr Geburten und damit höherer Inanspruchnahme sowie vor allem verlängerter Urlaubsdauer hingegen deutlich zugenommen. Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl wurde hierdurch somit überzeichnet, und zwar 1986 um 66 000 und 1987 um 64 000 Personen.

Dies sind allerdings Maximalwerte, denn unsicher ist, ob auch tatsächlich *alle* Personen – auch Selbständige und Mithelfende, die Erziehungsgeld in Anspruch nehmen – in der Erwerbstätigenstatistik weitergezählt werden. Nähme man dies nur von den Arbeitnehmern an, so würde sich der Effekt um 13% mindern. Unsicher, weil empirisch nicht belegbar, ist auch, wieviel Erziehungsgeld-Empfänger während des Erziehungsurlaubs einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen (unter 20 Wochenstunden) und wieviel arbeitslos waren. Angesichts dessen wird hier ein Abschlag vorgenommen und als Größenordnung des Überhöhungseffekts für 1986 und 1987 jeweils 50000 angenommen (Übersicht 2).

#### - Auszubildende

Seit dem Jahr 1984 steigt die (Bestands-)Zahl der Auszubildenden wieder an. Bis 1986 war eine Zunahme um rd. 155 000 zu verzeichnen. Das Jahr 1987 läßt einen Rückgang um 26000 auf rd. 1,8 Mio. erwarten. Der Bestand an Auszubildenden hat in diesem Zeitraum stärker zugenommen als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, nämlich um 7,7% gegenüber 2,2%. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist von 6,6% im Jahr 1983 auf 7% im Jahr 1987 angestiegen.

Diese Entwicklung hat nicht unerheblich zum Erwerbstätigenanstieg beigetragen, denn Auszubildende werden in den amtlichen Statistiken als beschäftigte Arbeitnehmer geführt. Die eingetretene Strukturveränderung hat sich

auch auf die Produktivitätsentwicklung ausgewirkt, weil Auszubildende im Durchschnitt weniger zum Bruttoinlandsprodukt beitragen als ausgebildete Arbeitnehmer. Dem *über der durchschnittlichen* Zunahme liegenden Anstieg der Zahl der Auszubildenden (1984/87: + 90000) ist deshalb eine geringere Zahl von Ausgebildeten äquivalent. Bei einer um rd. 70% geringeren Produktivität der Auszubildenden<sup>5)</sup> ist dieses Äquivalent im Zeitraum 1983 bis 1987 auf insgesamt 26000 Personen zu schätzen. In Höhe von rd. 64000 ist die Zahl der Erwerbstätigen infolge der Strukturveränderung somit überzeichnet. Die Übersicht 2 zeigt die Verteilung auf die einzelnen Jahre.

Auch in den Jahren 1970-84 ist die Zahl der Auszubildenden trendmäßig stärker angestiegen als die Erwerbstätigenzahl. Rechnerisch wurde hierdurch zwar in den einzelnen Jahren die Erwerbstätigenzahl überzeichnet, auf längere Sicht allerdings wurde damit infolge zunehmender Durchschnittsqualifikation das Produktivitätswachstum gefördert. Dies gilt selbstverständlich auch für den bis 1986 beobachteten weiteren Anstieg.

*- Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)*

Die Zahl der in ABM geförderten Arbeitnehmer ist von 1983 bis 1987 stark angestiegen, nämlich von rd. 45000 um 65000 oder 146% auf 110000 Personen. Da die Erwerbstätigenzahl insgesamt erheblich langsamer zugenommen hat, hat sich der Anteil der geförderten Arbeitnehmer in diesem Zeitraum von 0,18% auf 0,43% erhöht.

Die ABM weisen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsintensität auf. Deshalb ist die rechnerische „Produktivität“ der geförderten Arbeitnehmer auch geringer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Eine – allerdings relativ geringe – Rolle spielt dabei auch die Zielgruppenorientie-

rung von ABM: in den Maßnahmen sind leistungsgeminderte Personen überproportional vertreten. Zusammengekommen ist die Produktivität der geförderten ABM-Arbeitnehmer um rd. 60% geringer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Diese Schätzung ist aus einer ABM-Kostenstrukturerhebung abgeleitet.

Durch die überdurchschnittliche Zunahme dieses Beschäftigungssektors wurde 1984-87 die Gesamtentwicklung der Erwerbstätigenzahl überzeichnet, die Produktivitätsentwicklung gebremst und somit die „Beschäftigungsschwelle“ scheinbar nach unten verschoben. Dem über die durchschnittliche Zunahme der Erwerbstätigenzahl hinausgehenden Anstieg der Zahl von in ABM geförderten Arbeitnehmern (1984/87: + 64000) entspricht deshalb, unter der Annahme einer durchschnittlichen Produktivität, ein geringeres Beschäftigungsäquivalent von 27 000 Personen. D. h., ohne den Produktivitätseffekt infolge überdurchschnittlich zunehmender ABM-Beschäftigung wäre (bei gleicher Produktionsentwicklung) der Anstieg der Erwerbstätigen geringer ausgefallen als tatsächlich. Im Zeitraum 1984 bis 1987 beträgt dieser Effekt schätzungsweise rd. 37 000 Personen. Die Verteilung auf die einzelnen Jahre zeigt die Übersicht 2.

*- Arbeitszeitentwicklung*

Ohne den Arbeitszeitrückgang wäre das Arbeitsmarktungleichgewicht in den zurückliegenden Jahren noch größer ausgefallen als tatsächlich. Tarifliche Verkürzungen der Wochenarbeitszeit und Urlaubsverlängerungen, Überstundenabbau und Kurzarbeit sowie zunehmende Teilzeitarbeit haben den Arbeitsmarkt kräftig entlastet<sup>6)</sup>.

Im Durchschnitt allerdings hat sich seit Beginn der Arbeitsmarktkrise – Mitte der 70er Jahre – der Arbeitszeitrückgang gegenüber der Zeit davor trendmäßig kaum verändert. Demzufolge sind der Arbeitszeitentwicklung auch keine *zusätzlichen*, über den Trend hinausgehende Wirkungen auf Erwerbstätigkeit und Produktivität zuzuschreiben.

Hier ist allerdings zwischen den einzelnen Arbeitszeitkomponenten zu differenzieren: Der Rückgang der tariflichen Wochenarbeitszeit hat sich 1984-87 gegenüber den Jahren

<sup>5)</sup> Vgl. Sachverständigenkommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ (Abschlußbericht, Bonn 1974, Seite 104 ff.). Demnach wurden 1972 von Auszubildenden täglich 2,36 äquivalente Stunden geleistet. Das sind rd. 30% der normalen Stundenleistung. Die Produktivität der Auszubildenden ist also um 70% geringer als die der ausgebildeten Kräfte.

<sup>6)</sup> Vgl. Reyher, L., H. Kohler: Arbeitszeit und Arbeitsvolumen: Die empirische Basis der Arbeitszeit-Politik, in: Arbeitszeit und flexible Altersgrenze, BeitrAB 75, S. 38 ff.

**Übersicht 2: Sondereinflüsse auf die Erwerbstätigkeit 1984-1987**

	Erwerbstätige insgesamt			Sondereinflüsse ( in 1000 Personen )				Anteil der Sondereinflüsse	
	Bestand in 1000	Veränderung gegenüber Vorjahr		Erziehungsurlaub	Auszubildende 2)	ABM	Zusammen	am absoluten ET - Zuwachs (in %)	am relativen ET - Zuwachs (in %-Punkten)
		in 1000	in %						
1984	25283	+ 21	+ 0.1	- 11	+ 31	+ 15	+ 35	166.7	0.14
1985	25452	+ 169	+ 0.7	- 2	+ 47	+ 9	+ 54	32.0	0.21
1986	25702	+ 250	+ 1.0	+ 66 (50)	+ 10	+ 9	+ 85 ( 69)	34.0 (27.6)	0.33 (0.27)
1987 1)	25842	+ 140	+ 0.5	+ 64 (50)	- 24	+ 4	+ 44 ( 30)	31.4 (21.4)	0.17 (0.12)
<b>Summe</b>		<b>+ 580</b>	<b>+ 2.3</b>	<b>+ 117 (87)</b>	<b>+ 64</b>	<b>+ 37</b>	<b>+ 218 (188)</b>	<b>37.6 (32.4)</b>	<b>0.86 (0.74)</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB

( ) = einschließlich Abschlag, siehe dazu Abschnitt 1.3

1) Vorläufig

2) Jahresdurchschnitt = Dezemberwert des Vorjahres

seit 1970 um etwa die Hälfte beschleunigt. Demgegenüber hat die Zahl der Urlaubstage verlangsamt zugenommen. Auch der Überstundenabbau ist – nach den kräftigen Rückgängen 1970-83 – seitdem nur mehr wenig vorangekommen. Der Teilzeiteffekt hingegen hat zugenommen.

#### - *Befristete Arbeitsverhältnisse*

Mit dem „Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG)“ vom 1. Mai 1985 wird der Abschluß befristeter Arbeitsverträge bei Neueinstellungen und bei Übernahme von Auszubildenden erleichtert; Arbeitsverträge können nun auch ohne sachlichen Befristungsgrund einmalig bis zur Höchstdauer von 18 Monaten (bei Unternehmensgründung 24 Monate) abgeschlossen werden. Mit diesen Regelungen soll die Einstellungsschwelle gesenkt und Überstundenarbeit zugunsten von Mehreinstellungen verringert werden.

Bislang ist nicht abzuschätzen, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß hierdurch personalpolitische Entscheidungen der Betriebe in diesem Sinne beeinflußt worden sind. Die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von Betrieben<sup>7)</sup> zu diesem Thema stehen noch aus. Sicher ist allein, daß in den letzten 2 Jahren die Zahl der Befristungen, ausgehend von niedrigem Niveau, zugenommen hat.<sup>8)</sup>

Plausibilitätsüberlegungen zu möglichen Auswirkungen dieser Regelungen auf das Einstellungsverhalten der Betriebe führen zu dem Ergebnis, daß die Betriebe möglicherweise bei einer konjunkturellen und/oder saisonal bedingten Geschäftsbelebung und unsicheren Erwartungen nun früher und/oder verstärkt einstellen statt vorsichtig zunächst andere personelle Reserven zu mobilisieren (z. B. Überstunden, Arbeitsverdichtung). Bei sonst gleichen Bedingungen würde dies tendenziell die Produktivitätsentwicklung in dieser Phase bremsen.

Andererseits kann nun aber auch der Personalbestand bei sich verschlechternder Geschäftslage leichter angepaßt werden. In geringerem Maß als früher werden möglicherweise personelle Reserven gebildet, so daß dann die Produktivitätsentwicklung tendenziell weniger als in der Vergangenheit abflacht.

Über einen Konjunkturzyklus hinweg gleichen sich so die Reaktionen im Hinblick auf Produktivität und Beschäftigungsniveau tendenziell aus. Durch die Möglichkeit der flexiblen Anpassung des Personalbestands an die Produktionsentwicklung würde lediglich das zeitliche Profil der Beschäftigungsentwicklung beeinflußt. Ob von der höheren Flexibilität im Sinne verbesserter Angebotsbedingungen ein eigenständiger positiver Einfluß auf das Niveau der Beschäftigung ausgeht, ist zumindest gesamtwirtschaftlich ungewiß.

Sollte das Einstellungsverhalten der Betriebe im beschriebenen Sinne beeinflußt worden sein, so kann phasenbe-

dingt für die Jahre 1985 bis 1987 nur eine produktivitätsbremsende und beschäftigungserhöhende Wirkung der Regelungen angenommen werden, denn in diesem Zeitraum ist die Beschäftigung stetig angestiegen.

Zu betonen ist allerdings, daß diesen Überlegungen die empirische Basis fehlt. Die Ergebnisse der oben angesprochenen Repräsentativbefragung können hier zwar weiterhelfen, ihre eher qualitative Anlage im Hinblick auf Verhaltensänderungen läßt allerdings kaum quantitative Ergebnisse (i. S. von Beschäftigungseffekten) erwarten. Bei unserem Versuch, die Sonderfaktoren zu quantifizieren, die die Beschäftigungsentwicklung 1984 bis 1987 beeinflußt haben, müssen die auf befristete Beschäftigungsverhältnisse bezogenen Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes somit außer Betracht bleiben.

*Zusammenfassend* ist festzustellen, daß von der Zunahme der Erwerbstätigenzahl im Zeitraum 1984 bis 1987 um 565000 Personen rd. ein Drittel (also fast 200000) auf Sonderfaktoren – verstärkte Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub, Zunahme der Zahl geförderter Arbeitnehmer in ABM, mehr Auszubildende – zurückzuführen ist. Von den jährlichen Zuwachsraten der Erwerbstätigenzahlen entfallen im Durchschnitt 0,2 Prozentpunkte auf die genannten Sonderfaktoren.

Das bedeutet: Die Wachstumsrate der Produktivität ist 1984-87 um diesen Betrag nach unten verschoben.<sup>9)</sup> Neben diesen Sonderfaktoren wird die Produktivitätsentwicklung aber noch von anderen, insbesondere ökonomischen Einflüssen bestimmt. Vorläufige Berechnungen deuten z. B. darauf hin, daß die relativ niedrige Investitionsquote (Anlageinvestitionen) ebenfalls zu einer Verschiebung nach unten beigetragen hat.<sup>10)</sup> Dies ist zu beachten bei mittel- und längerfristigen Projektionen, zumal damit zu rechnen ist, daß sich Einflußfaktoren in umgekehrter Richtung auswirken werden (z. B. rückläufige Zahl der Auszubildenden, höhere Investitionsquote).

#### 1.4 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei der oben beschriebenen Konstellation von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt ist für 1987 ein leichter Anstieg der Arbeitslosenzahl um 7000 auf 2,235 Mio. zu erwarten. Für den weiteren Jahresverlauf (September bis Dezember 1987) wird hierbei ein weiterer leichter saisonbereinigter Anstieg, etwa + 5000 monatlich, angenommen. Am Jahresende wird dann ein positiver Überhang (saisonbereinigter Jahresendstand minus Jahresdurchschnitt) in Höhe von rd. 40000 erreicht sein.

Die Stille Reserve wird – gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert – rd. 1,2 Mio. Personen umfassen (Übersicht I und Tabelle I im Anhang). Dabei fällt die seit einigen Jahren bei Deutschen und Ausländern gegenläufige Entwicklung der Stillen Reserve ebenso auf wie der bei Deutschen (im Vergleich zur Entwicklung der Arbeitslosenzahl) frühe und kräftige Abbau der Stillen Reserve. Hierzu folgende Hinweise:

Über die besonderen Probleme der Ausländer auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird im nachfolgenden Teilbeitrag berichtet. Qualifikationsstruktur und wirtschaftszweigspezifische Entwicklungstendenzen benachteiligen Ausländer. Auch können viele von ihnen nach Ablauf der Wartefristen nur eine „allgemeine Arbeitserlaubnis“ erhalten, bei der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen sind (Vorrang deutscher und ihnen gleichgestellter

<sup>7)</sup> Repräsentativbefragung von Betrieben „Beschäftigungsförderung und betriebliche Einstellungspraxis“ durch das Wissenschafts Zentrum für Sozialforschung, Berlin, und Infratest Sozialforschung GmbH, München.

<sup>8)</sup> Vergleiche hierzu die Gesamtdarstellung von Rudolph in diesem Heft.

<sup>9)</sup> Für die „Beschäftigungsschwelle“ (Wachstumsrate, ab der die Beschäftigung zunimmt) bedeutet dies sogar eine Verschiebung um 0,4 Prozentpunkte nach unten, wie sich aus dem entsprechenden Funktionszusammenhang ergibt.

<sup>10)</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1984-1987 betrug die Investitionsquote 20,4%. Hätte sie in dieser Zeit – wie etwa im Prognos report 12 für 1990 oder in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung für 1991 angenommen – 21% betragen, wäre aufgrund dieser Einflußfaktoren in der Zeit von 1984 bis 1987 jährlich mit einer um 0,15 Prozentpunkte höheren Produktivität und damit um 0,3 Prozentpunkte höheren Beschäftigungsschwelle zu rechnen gewesen.

ausländischer Arbeitnehmer). Dies erklärt den überproportionalen Aufbau und (trotz Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt) weiteren Anstieg der ausländischen Stillen Reserve. Sie dürfte sogar noch über dem bislang errechneten und tabellarisch ausgewiesenen Umfang von knapp 250000 Personen liegen (s.u.).

Niveau und Entwicklung der Stillen Reserve sind maßgeblich auch von ihrer Struktur abhängig, so daß durchaus Abweichungen gegenüber früher beobachteten Ablaufmustern möglich sind. So wurde an dieser Stelle vor einem Jahr schon darauf hingewiesen, daß Jugendliche unter den Arbeitslosen bei einem Beschäftigungsaufschwung schneller als andere eine Beschäftigungschance erhalten. Ähnlich wird es bei Jugendlichen in der Stillen Reserve sein, deren Anteil jetzt größer ist als früher. Sie werden sicher schnell sich bietende Chancen zum Berufseinstieg nutzen. Eine relativ frühzeitige Auflösung dieses Teils der Stillen Reserve ist also zu erwarten. Empirische Informationen hierüber liegen allerdings nicht vor.

Eine im Herbst 1986 im Auftrag des IAB vom *Emnid Institut* durchgeführte Repräsentativbefragung bei *deutschen Frauen*<sup>11)</sup> gibt darüber hinaus Anhaltspunkte dafür, daß auch die der Stillen Reserve zugeordneten Frauen überwiegend als „arbeitsmarktnah“ eingestuft werden müssen:

In dieser Erhebung gaben 7% der befragten nichterwerbstätigen deutschen Frauen (unter 60 Jahre, nicht in schulischer oder betrieblicher Ausbildung) an, zur Zeit eine Arbeit zu suchen, aber nicht beim Arbeitsamt gemeldet zu sein. Weitere 3% waren zwar nicht zur Zeit, aber in den letzten 12 Monaten (vergeblich) auf Arbeitsuche. Im Jahre 1978 entfielen auf diese Gruppen 3% bzw. 1% der nichterwerbstätigen Frauen, insgesamt also in diesem Zeitraum mehr als eine Verdoppelung. Nach diesen „Suchkriterien“ gibt es demnach hochgerechnet jetzt neben den registrierten Arbeitslosen rd. 720 000 deutsche Frauen, die zumindest latent erwerbsbereit sind und sich in den letzten 12 Monaten auch überwiegend (zwei Drittel) mehrmals um Arbeit bemüht haben.

Die Zahl der nicht arbeitslos gemeldeten Arbeitssuchenden und ihr Anstieg seit 1978 gehen über das hinaus, was für die gleiche Gruppe insgesamt als Stille Reserve berechnet wurde (1978: 285 000 und 1986: rd. 450 000 Personen). Dies deutet zum einen darauf hin, daß die hohe Dauerarbeitslosigkeit (nunmehr) auch in beachtlichem Umfang zusätzlich Teilgruppen der Bevölkerung in der Erwerbstätigkeit hält bzw. zusätzlich an den Arbeitsmarkt heranzuführt; solche zusätzlichen „Ermutigungseffekte“, für die es in dieser Untersuchung auch Belege gibt, saldieren sich mit den aufgeführten „Entmutigungseffekten“. Die Ergebnisse sind weiterhin Indiz dafür, daß im Rahmen der vorliegenden Arbeitsmarktbilanz die Entwicklung der potentiellen Erwerbsbeteiligung von Frauen eher (zu) zurückhaltend eingeschätzt wurde. Schließlich machen sie mit verständlich, warum sich seit 1985 ein Teil der Stillen Reserve aufgelöst hat – auch viele Frauen, die auf dem „offiziellen“ Arbeitsmarkt nicht in Erscheinung treten, nutzen offenbar sich bietende Beschäftigungschancen.

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß es vor allem (quantitativ überwiegend) der weitere Potentialzuwachs war, der wie

schon Ende der 70er Jahre einem stärkeren, dem Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre entsprechenden Abbau der Arbeitslosigkeit entgegenstand. Dies zeigt sich auch am Beispiel des Jahres 1987, in dem sich die Stille Reserve kaum verändert. Allerdings dürfen die Veränderungen *einzelner Jahre* für sich allein genommen nicht überinterpretiert werden, gerade wenn es sich nur um geringfügige Änderungen im Saldengefüge handelt. Eine gewisse Unschärfe läßt sich wegen Inkonsistenzen in den statistischen Ausgangsreihen nicht vermeiden.

## 2. Ausblick auf das Jahr 1988 . . .

Im Jahre 1988 wird das *Angebot* an Arbeitskräften mit + 120000 Personen nicht ganz so stark ansteigen wie im Vorjahr. Beim *ausländischen* Arbeitskräfteangebot wird wiederum nur ein demographisch bedingter interner Zuwachs (+ 45000 Personen) unterstellt. Beim *deutschen* Erwerbspersonenpotential ergibt sich erstmals seit vielen Jahren 1988 kaum noch ein demographisch bedingter Zuwachs (+ 6000 Personen). Es ist vor allem die per Saldo zunehmende Erwerbsneigung, die 1988 zu einem weiteren Anstieg des Erwerbspersonenpotentials bei Deutschen beiträgt (Verhaltenskomponente + 60000 Personen). Jüngste Entwicklungen in der (finanz-)politischen Diskussion lassen für den Bereich der Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung erwarten, daß sich das durch die „Qualifizierungsoffensive“ im Jahre 1987 erreichte vergleichsweise hohe Niveau im Folgejahr nicht weiter erhöhen, es wohl sogar leicht abnehmen wird. In der Potentialrechnung wurde deshalb ein leichter Rückgang der Inanspruchnahme dieser Maßnahmen (d.h. ein daraus resultierender Anstieg des Angebots an Arbeitskräften um etwa 10000 Personen) unterstellt. Demnach dürfte das Angebot an deutschen Arbeitskräften im Jahre 1988 um rd. 75000 Personen zunehmen (Übersicht 1).

Der mittleren Variante der längerfristigen Projektion des IAB folgend wird bei Männern allerdings 1988 bereits eine Trendumkehr eintreten, d. h. in diesem und verstärkt in den Folgejahren wird das Angebot an männlichen deutschen Arbeitskräften rückläufig sein. Weitere (sich abschwächende) Zuwächse wird es bis Anfang der 90er Jahre allerdings bei deutschen Frauen geben, folgt man der *mittleren* Projektionsvariante mit dem ihr zugrundeliegenden längerfristigen Trend. Nach der *oberen* Variante fällt der Zuwachs – dem jüngsten Anstieg der Erwerbsneigung der Frauen seit Anfang der 70er Jahre stärker folgend – och kräftiger aus: im Jahre 1988 wäre dann das Angebot an Arbeitskräften noch um weitere 35 000 Personen höher.

Die von verschiedener Seite vorgelegten Einschätzungen zur voraussichtlichen *Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1988* liegen nahe beieinander. Erwartet wird ein reales Wirtschaftswachstum von knapp 2 bis 2/2%. An diesen Einschätzungen orientiert sich die folgende Alternativrechnung. Im Mittelpunkt steht dabei die Annahme eines 2%igen Wirtschaftswachstums (Variante II). Um aufzuzeigen, wie sich eine hiervon abweichende Entwicklung auswirken würde, wird zusätzlich eine 1%-Variante (Variante I) und eine 3%-Variante (Variante III) vorgelegt (Übersicht 1).

2% *reales Wirtschaftswachstum* im Jahresdurchschnitt 1988 bedeutet eine Beschleunigung des Wachstumstempos gegenüber dem Vorjahr. Erfahrungsgemäß bewirkt dies auch eine Beschleunigung der Produktivitätsentwicklung

<sup>11)</sup> Vgl. Brinkmann, Ch., G. Engelbrech: Beschäftigungsprobleme der Frauen. Referat anlässlich der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1987.

(+ 2,1%). Das *gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen* wird deshalb nochmals leicht abnehmen (- 0,1%).

Im Jahresdurchschnitt 1988 wird voraussichtlich die *Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen und Arbeitnehmer* gegenüber dem Jahre 1987 um 0,3% abnehmen. Hauptkomponente dieses Rückganges wird auch im Jahre 1988 eine weitere Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit für schätzungsweise 5 Mio. Arbeitnehmer sein. So wird ab 1. 4. 1988 die tarifliche Wochenarbeitszeit allein für über 4 Mio. Beschäftigte in der Metall- und Druckindustrie von 38,5 Stunden pro Woche auf 37,5 Stunden verringert. Zusammen mit einem leichten Anstieg des Jahresurlaubs wird somit die *Tarifkomponente der Jahresarbeitszeit* aller Arbeitnehmer, arbeitstäglich bereinigt, voraussichtlich 0,7 Prozentpunkte zur Gesamtreduzierung beitragen. Von den *konjunkturellen Komponenten* der Jahresarbeitszeit, *Kurzarbeit* und *Überstunden*, sind im Jahre 1988 voraussichtlich keine weiteren Verkürzungseffekte zu erwarten.

Fällt jedoch die Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1988 etwas schwächer (+ 1,0%) oder stärker aus (+ 3%), so dürfte der Arbeitszeitrückgang aufgrund der Veränderungen bei der Anzahl der Kurzarbeiter sowie bei den Überstunden entsprechend stärker (- 0,5%) oder schwächer (- 0,1%) sein.

Ohne die tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeitverkürzungen in den Jahren 1987 und 1988 wäre es aufgrund der Arbeitstageentwicklung (+ 0,4%) im Jahre 1988 insgesamt überhaupt zu keiner gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeitverkürzung und somit von daher auch nicht zu einer *Entlastung von Beschäftigung und registrierter Arbeitslosigkeit* gekommen.

Die Zahl der *Erwerbstätigen* wird 1988 bei dieser Konstellation von Wachstum, Produktivität und Arbeitszeit um 0,2% (rund 50000 Personen) über dem Vorjahr liegen. Die oben genannten Sonderfaktoren werden keine zusätzliche Zunahme der Erwerbstätigenzahl mehr bewirken. Die beschäftigungsstabilisierenden Einflüsse von Arbeitszeitverkürzungen fallen geringer aus als im Vorjahr. Die leichte Wachstumsbeschleunigung gegenüber 1987 wird aber im Laufe des Jahres einen, allerdings flachen, Wiederanstieg der Erwerbstätigenzahl bewirken (Variante II).

Die Wirkung einer Verlangsamung bzw. Beschleunigung des Wachstumstempos um jeweils einen Prozentpunkt auf die Beschäftigtenzahl wird durch Produktivitäts- und Arbeitszeiteffekte teilweise kompensiert. Für die untere Variante I (1% Wachstum) wäre im Jahresdurchschnitt ein leichter Rückgang der Erwerbstätigenzahl zu erwarten. Bei der oberen Variante III (3% Wachstum) würde die Erwerbstätigenzahl um rund 150000 Personen (+ 0,6%), also etwas kräftiger als 1987, zunehmen.

Verläuft die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1988 so wie in der mittleren Variante II (2% Wachstum) angenommen, so ist mit einem weiteren Anstieg der *Arbeitslosigkeit* um 40000 auf rund 2,275 Mio. Personen zu rechnen. Fällt das reale Wirtschaftswachstum geringer aus, so wird die Arbeitslosenzahl deutlich ansteigen, um 85000 auf gut 2,3 Mio. Personen. Ein leichter Rückgang ist bei größerer Wachstumsdynamik (Variante III) erreichbar. Bei 3% Realwachstum würde die Arbeitslosigkeit auf rund 2,2 Mio. sinken.

## ... und die Jahre danach

Auch in den späten 80er Jahren, ja vielleicht gar bis in die 90er Jahre hinein wird das Arbeitskräftepotential zunehmen. Die demographische Komponente dieser Entwicklung wird bei der deutschen Bevölkerung auslaufen und vor allem im Zusammenhang mit den schwächer besetzten Jahrgängen, die neu in das Erwerbsleben eintreten, ab 1989 sogar negativ werden. Welcher Entwicklungslinie das Erwerbsverhalten, also die Erwerbsbeteiligung folgen wird, ist mit weniger Sicherheit abzuschätzen. Wahrscheinlich ist eine anhaltend stärkere Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Bei der ausländischen Wohnbevölkerung ist auf mittlere Sicht zumindest mit einem permanenten demographischen Zuwachs des Potentials zu rechnen. Über die Wanderungsbewegungen läßt sich naturgemäß keine absolute Vorausschätzung aufstellen. Weitere Zuzüge von Familienangehörigen hier lebender ausländischer Arbeitnehmer, Süderweiterung der EG und anhaltende weltweite Flüchtlingsbewegungen lassen jedoch mittel- und längerfristig eher einen positiven Wanderungssaldo erwarten.

Bei ausgeglichener Wanderungsbilanz und mittleren Verhaltensannahmen sind insgesamt (Deutsche und Ausländer) nach weiteren Zuwächsen allenfalls ab 1991 leichte Rückgänge des Angebots an Arbeitskräften zu erwarten. 1993 wäre dann das Erwerbspersonenpotential etwa gleich hoch wie 1988. Nach den oberen Modellvarianten wäre allerdings von 1989 bis 1993 durchschnittlich mit einem Potentialzuwachs in der Größenordnung von insgesamt etwa 90000 Personen pro Jahr zu rechnen.

Die Angebotsseite des Arbeitsmarktes dürfte also bis in die 90er Jahre hinein durch weiteren Potentialdruck charakterisiert sein, allerdings mit abnehmender Tendenz.

Nun sei einmal angenommen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verlief bis 1993 im Durchschnitt etwas günstiger als in den letzten drei Jahren, das reale Sozialprodukt stiege Jahr für Jahr um 2/2%. (Dieses durchschnittliche jährliche Wachstumstempo wird auch in der letzten mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung unterstellt.) Die Produktivitätssteigerung läge etwa auch in dieser Größenordnung, die Jahresarbeitszeit nähme jährlich um 1/2% ab. In solcher Konstellation würde die Erwerbstätigenzahl kontinuierlich zunehmen. Allerdings wird der Anstieg mit knapp 1/2% pro Jahr relativ flach ausfallen, weil die Beschäftigungsschwelle mittelfristig höher als in den letzten Jahren anzusetzen ist. Wie oben ausgeführt, kann damit gerechnet werden, daß Sonderfaktoren wegfallen oder gar ihre Wirkungsrichtung ändern und daß die Investitionsquote mittelfristig wieder zunimmt. Die Arbeitsmarktbalanz bliebe dann auch am Ende dieses Zeitraums in einem deutlichen Ungleichgewicht, die Zahl der registrierten Arbeitslosen würde noch immer nicht wesentlich unter der 2-Millionen-Grenze liegen.

Dies ist freilich zunächst nur ein Rechenmodell. Aller bisherigen Erfahrung nach ist einerseits kaum davon auszugehen, daß die Binnen- wie auch die Weltwirtschaft über einen so langen Zeitraum hinweg störungsfrei und permanent expandieren. Wahrscheinlicher sind zwischengelagerte Stagnations- wenn nicht Rezessionsphasen, die das Expansionstempo bremsen und den Abbau der Arbeitslosigkeit behindern.

Andererseits ist dies alles aber auch nicht zwangsläufig. Modellrechnungen dieser Art können und sollen keineswegs unausweichliche Entwicklungen beschreiben. Im

Gegenteil: sie sollen beizeiten aufzeigen, welche Gefahren drohen und wie man ihnen begegnen kann. Das heißt in diesem Falle: noch auf Jahre hin bedarf es großer Anstrengung, um durch kräftiges (und strukturell akzeptables) Wirtschaftswachstum, aktive Arbeitsmarktpolitik und durch deutliche Arbeitszeitverkürzung (jeglicher Art und in konsensfähigen Formen) eine Arbeitskräftenachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu erzeugen, die uns einem befriedigenden Beschäftigungsstand näherbringt.

So wichtig es auch ist, schon frühzeitig die völlig andere Arbeitsmarktkonstellation zu Beginn des nächsten Jahrhunderts, wenn das Erwerbspersonenpotential rasch und drastisch abnimmt, zu reflektieren: zu einem Themenwechsel ist es mit Abstand zu früh! Bis in die 90er Jahre hinein gibt es großen beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf.

### 3. Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1987/1988

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach dem AFG – Kurzarbeitergeld, Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung – sowie die von der BA mitfinanzierten Fälle der Vorruhestandsregelung haben 1987 einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert (Übersicht 3).

Aus konjunkturellen wie strukturellen Gründen ist die *Kurzarbeiterzahl* 1987 kräftig angestiegen. Im Jahresdurchschnitt ist mit 300000 Kurzarbeitern zu rechnen. Dem Ausfallstundenvolumen entspricht rechnerisch ein Beschäftigungsäquivalent von 120000 Personen. Ohne die Kurzarbeitsregelung wäre, im Falle entsprechender Entlastungen, die Beschäftigtenzahl in dieser Höhe geringer ausgefallen. Zwei Drittel hiervon hätte die Arbeitslosigkeit belastet, ein Drittel die Stille Reserve. Für 1987 errechnet sich demnach ein Entlastungseffekt für die registrierte Arbeitslosigkeit in Höhe von 84000 Personen.

Auch bei einer leichten Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung der mittleren Variante (+2% Wirtschaftswachs-

tum) entsprechend ist im Jahre 1988 mit keinem Rückgang der Kurzarbeiterzahl (auf 300000 im Jahresdurchschnitt) zu rechnen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird hierdurch um 84000 Personen entlastet.

Die Zahl der in *Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)* geförderten Arbeitnehmer ist 1987 – der Haushaltsplanung der BA folgend – weiter angestiegen. Im Jahresdurchschnitt wird mit 110000 Arbeitnehmern gerechnet. Dieses Niveau soll 1988 gehalten werden. Einschließlich der Sekundärwirkungen aufgrund von Vorleistungs-, Einkommens- und Verbrauchseffekten bewirkt ABM 1987 und voraussichtlich auch 1988 eine Entlastung der Arbeitslosenzahl um jeweils rund 140000 Personen.

Im Zuge der Qualifizierungsoffensive ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Teilnehmer an *Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung* (im Vollzeitunterricht) 1987 weiter (auf 185000 Personen) angestiegen. Drei Viertel hiervon waren vorher arbeitslos, bewirkten somit eine unmittelbare Entlastung. Von der Restgruppe wären der Relation von Arbeitslosen und Stiller Reserve folgend per Saldo zwei Drittel arbeitslos geworden. Insgesamt wird die Arbeitslosigkeit somit durch diese Maßnahmen in diesem Jahr um 171000 Personen entlastet. Für 1988 wird in diesem Maßnahmebereich eine Konsolidierung auf hohem Niveau bei qualitativer Verbesserung der Maßnahmen angestrebt. Der Entlastungseffekt wird mit rund 171000 voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr gleichbleiben.

Hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist die Inanspruchnahme der Zuschüsse zum *Vorruhestandsgeld*. Statt der erwarteten 65 000 Personen ist die Entlastungswirkung der Arbeitslosigkeit durch die von der BA mitfinanzierten Fälle für 1987 auf lediglich 45000 zu schätzen. Für 1988 wird ein Entlastungseffekt von gut 41000 Personen erwartet.

Durch die aufgeführten Maßnahmen wurde die Arbeitslosigkeit 1987 um rund 440000 Personen entlastet. 1988 könnte diese arbeitsmarktpolitische Programmstellung eine Entlastung in nahezu gleicher Höhe bewirken.

Übersicht 3: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit 1984 bis 1988

Maßnahmeart	Inanspruchnahme					Beschäftigungsäquivalent					Entlastung der Arbeitslosenzahl				
	1984	1985	1986	1987 1)	1988 *)	1984	1985	1986	1987 1)	1988 1)	1984	1985	1986	1987 1)	1988 1)
	Jahresdurchschnitte in 1000														
Kurzarbeit 2)	384	235	197	300	300	132	90	75	120	120	92	63	53	84	84
ABM (Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung) 3)	71	87	102	110	110	105	128	142	154	154	95	116	129	140	140
FuU (Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung) 4)	128	134	154	185	185	128	134	154	185	185	118	124	143	171	171
Vorruhestandsgeld 5)	.	12	30	45	41	.	12	30	45	41	.	12	30	45	41
Zusammen	583	468	483	640	636	365	364	401	504	500	305	315	355	440	436

\*) Haushaltsvoranschlag der BA für 1988

1) Schätzung; jüngste Korrekturen (höhere Inanspruchnahme von FuU) konnten nicht mehr in die Potentialschätzung übernommen werden.

2) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Flechsenhar, H.-R., Kurzarbeit – Strukturen und Beschäftigungswirkungen, in: MittAB 3/1979.

3) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Spitznagel, E., Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), in: BeitrAB 45.

4) Fortbildung und Umschulung ohne Einarbeitung, einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (Paragraph 41 a AFG); darunter für 1987 und für 1988 150000 Empfänger von Unterhaltsgeld.

5) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (Jahresdurchschnitte).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

#### 4. Zu den nachfolgenden Teilbeiträgen

In den nachfolgenden Teilen dieses Beitrags, die Spezialfragen gewidmet sind, behandeln wir, wie in den vergangenen Jahren, aktuelle Fragenkomplexe diagnostischer wie auch therapeutischer Art, soweit sie nicht schon oben ausführlicher angesprochen wurden (wie die Arbeitszeitentwicklung, Arbeitsmarktentlastungswirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Sondereinflüsse auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren).

Zum einen geht es um Entwicklungstendenzen der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit von in der Bundesrepublik lebenden *Ausländern*. Ihre Erwerbsbeteiligung ist in den letzten Jahren stark rückläufig gewesen, wobei allerdings Besonderheiten des Zugangs zum deutschen

Arbeitsmarkt (z.B. für nachgereiste Familienangehörige und Flüchtlinge) zu beachten sind. Modellrechnungen und Befragungsergebnisse lassen erkennen, daß das Ausmaß der Unterbeschäftigung von Ausländern noch höher zu veranschlagen ist, als nach der bisherigen Potentialschätzung anzunehmen war.

Zum anderen wird *die finanzielle Absicherung der Arbeitslosigkeit* nach dem AFG näher untersucht. Der Anteil des durch Lohnersatzleistungen abgedeckten Arbeitslosigkeitsvolumens ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Dem wurde seit 1985 durch mehrere leistungsrechtliche Verbesserungen entgegengewirkt. Komponenten der Entwicklung der Leistungsempfängerquote werden aufgezeigt und der Einfluß der jüngsten Gesetzesänderungen abgeschätzt.